

Inserate
werden angenommen
in den bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
S. 1. Ab. Schick, Hoflieferant,
Gr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke,
Otto Meisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner
in Posen.

Mittags-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertunderster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
K. Moll, Haasenstein & Vogler A.-G.,
C. J. Pander & Co., Invalidentank.

Verantwortlich für den
Inseratenteil:
W. Brann
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 878

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5.45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Sonnabend, 15. Dezember.

Inserate, die schlagspaltige Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Vorabgabe für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinstimmung gestattet.)

6. Sitzung vom 14. Dezember, 1 Uhr.
Zu Ehren des verstorbenen Abg. Steinmann
(konst. 6. Gumbinnen) erheben sich die Mitglieder von den Plätzen.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der dringliche An-
trag Schmidt (Elberfeld, Freil. Wpt.) (Deutsche Wpt.).
Im § 35 der Geschäftsordnung folgenden Satz einzufügen:
„Alle Anträge, welche innerhalb der ersten 14 Tage der Session eingebracht werden,
gelten, sofern sie nicht schon vor dem Ablauf dieser Frist zur Ver-
handlung gelangt sind, als gleichzeitig eingebracht.“
Ueber die Priorität unter denselben entscheidet das Loos.“

Abg. Schmidt (Elberfeld, Freil. Wpt.) begründet kurz den
Antrag. Bei dem jetzigen Verfahren komme es vor, daß wichtige
Initiativanträge unerledigt bleiben. Um das Warten beim
Beginn der Session zu vermeiden, sei es angebracht, das Loos
entscheiden zu lassen. Dem angeforderten Antrage Gröber, daß
die Anträge aus der vorigen Session den Vorrang haben sollen,
könne er sich nicht anschließen, da in der folgenden Session die
politische Situation meistens eine ganz veränderte sei.

Abg. Gröber (Crr.) vertheidigt einen von ihm eingebrachten
Abänderungsantrag, der in der Hauptsache darauf hinausgeht, daß
zunächst diejenigen Initiativanträge den Vorrang haben sollen,
welche das Haus bereits in der vorigen Session beschloß hätte,
sobald sollten die Petitionen aus der vorigen Session ohne
nochmalige Veranlassung zur Verhandlung kommen, dann sollten die
Anträge, welche Gesetzesentwürfe enthalten, an die Reihe kommen.
Redner beantragt, seinen Antrag sowie den Antrag Schmidt-Ehni
der Geschäftsordnungskommission zu überweisen.

Abg. Gamp (Reichsp.) tritt ebenfalls für Ueberweisung der
Anträge an die Geschäftsordnungskommission ein. Die Entscheidung
durch das Loos sei unzulässig, da dies nur dazu führen würde,
jeden Antrag, um bessere Chancen zu erzielen, in möglichst viele
Anträge zerfallen zu lassen. Dagegen stimmt Redner dem Grund-
gedanken des Antrages Gröber bei.

Abg. Dr. Ueberschneide (natl.) hält es für wünschenswert, daß
die Geschäftsordnungskommission nicht bloß die vorliegenden zwei
Anträge, sondern die ganze Materie einmal gründlich behandle.
Zweckmäßig wäre es, wenn man eine Bestimmung treffen könnte,
wonach die Stärke der Fraktionen sowohl, wie die Wichtigkeit des
beizutragenden Gegenstandes für die Reihenfolge der Initiativanträge
maßgebend sein könnte.

Abg. Hintelen (Crr.) tritt für den Antrag Gröber ein.

Abg. Singer (S.-D.) hebt die große Wichtigkeit des Petitions-
rechts, sowie der Initiativanträge hervor, welche, als Anregungen
aus dem Volke und der Volkswirtschaft, mehr als bisher be-
achtet werden müßten. Heute sei das Petitionsrecht geradezu
unwirksam. Empfindlich sei es daher, daß mehr als ein Tag
in der Woche für Beratung von Initiativanträgen festgelegt
werde.

Abg. Frhr. v. Mantuffel (Dt.) tritt gleichfalls für Ueber-
weisung der Anträge an die Geschäftsordnungskommission ein.
Uebrigens sei es schon heute so, daß, wenn ein wichtiger Antrag
mit einem neuen Gedanken eingebracht werde, er doch immer bald
zur Verhandlung komme, wie z. B. der Antrag Rantk.

Darauf werden beide Anträge der Geschäftsordnungs-
kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung der Interpellation der national-
liberalen Abgg. Dr. Baasche — Dr. Friedberg: „Welche
Maßregeln in Bezug auf eine Abänderung des geltenden
Zuckersteuergesetzes denken die verbündeten Regierungen zu er-
greifen, um die Schädigungen, welche der deutschen Landwirtschaft
und der deutschen Zuckerindustrie durch die ausländischen Besteue-
rungsformen des Zuckers erwachsen, zu beseitigen?“

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky erklärt sich bereit, die
Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung nimmt das Wort

Abg. Dr. Baasche (natl.): Bei der Nothlage der deutschen
Zuckerindustrie handelt es sich nicht um einen Nothstand der
großkapitalistischen Industrie, sondern in erster Linie der
deutschen Landwirtschaft, die bei den niedrigen Getreidepreisen
zum Zuckerrübenbau als letzten Nothanker greift. Wir haben
die Interpellation eingebracht, weil die Voranschätzungen, von
denen das letzte Zuckersteuergesetz ausging, sich nicht erfüllt
haben. Die Zuckerprämien sind nicht, wie man damals allge-
mein erwartete, von den übrigen Zucker produzierenden Staaten
herabgesetzt worden. In einigen Staaten hat sich die Prämie sogar
erhöht, während sie bei uns allmählich herabgesetzt werden soll,
um bald ganz zu verschwinden. Man hat damals einen Fehler ge-
macht. Man hätte die Prämien möglichst hoch lassen sollen. (Lachen
links.) Ja wohl, denn wenn man ein Handelsgeschäft machen will,
so muß man ein Handelsobjekt haben, nicht aber muß man mit
einer gewissen Vornehmheit erwarten, daß der andere Staat ohne
Weiteres unsern Vorgehen folgt. Nordamerika, das größte zucker-
konsumirende Land, hat uns sogar den Markt verschlossen, was zu
dem Herabgehen der Preise mit Veranlassung gegeben hat. Bei
dem früheren Zuckersteuergesetz versicherte der Staatssekretär, daß,
wenn andere Staaten uns nicht folgen würden, und wenn sich
dann andererseits herausstellte, daß die Zuckerindustrie sich
in einer Nothlage befinde, eine entsprechende Gesetzesänderung ein-
gebracht werden solle. Die Zuckerindustrie befindet sich aber jetzt
in einer Nothlage, denn bei einem Rübenpreis von nur 80 Pf. pro
Centner ergibt sich für die Zuckerindustrie ein Verlust von 2 Mil-
lionen 70 Millionen Mark ausmacht, während die Viehebesitzer der
Prämien nur 15 Millionen beträgt. Nun könnte man sagen, die
Zuckerindustrie wird sich besser ziehen, wenn der Preis der Rüben
noch geringer wird. Da könnte man ebenso gut sagen: die In-
dustrie wird sich noch besser ziehen, wenn man ihr die Rüben
ganz schenkt. (Sehr richtig! rechts.) Man bedenkt aber nicht,
daß für die mühevollen Arbeit des Rübenbauers ein entsprechen-
der Preis gezahlt werden muß. Es klingt freilich nur sehr

bescheiden, daß der Anbau von Zuckerrüben nur 1 1/2 Prozent des
ganzen Bodens in Anspruch nimmt. Aber es kommt doch auf den
Einfluß an, den unsere Zuckerindustrie für das gesamte Gebiet
der Landwirtschaft und der Volkswirtschaft überhaupt hat. Erst
der Zuckerrübenbau hat den Uebergang zur intensiven Kultur er-
möglicht. Durch den Zuckerrübenbau werden 440 000 Menschen
beschäftigt, die doch ebenso Schutz verlangen können wie die Tabak-
arbeiter, für welche die Linke so sehr eintritt. Die Zuckerindustrie
braucht jährlich 6 Millionen Tonnen Kohlen und giebt mindestens
4 Millionen Mark jährlich auf Reparaturen aus. Die Inten-
sivität, die Geschicklichkeit, die Arbeit, mit welcher der Zuckerrüben-
bau betrieben wird, haben es ermöglicht, daß der Zucker heute auf
dem Tische des Armen zu finden ist. Der Zuckerpreis ist gegen-
über 1880 von 50 Pf. auf 22 Pf. für das Pfund gefallen. Gewiß
liegt der Rückgang des Preises auch in einer Ueberproduktion,
woran aber die deutschen „Zuckerbarone“ nicht schuld sind. Der
innerste Grund der Ueberproduktion liegt daran, daß die Nothlage der
Landwirtschaft Anlaß dazu gegeben hat, die Zuckerproduktion möglichst
zu erweitern. Deutschland kann ja auch noch immer seinen Zucker am
billigsten produzieren. Die sinkende Rente aus dem Getreidebau ver-
anlaßt es, daß auch im Osten unseres Vaterlandes immer mehr
Rüben angebaut und Zuckerrübenfabriken errichtet werden. (Sehr
richtig! rechts.) Die Prämien müßten auf die Höhe gebracht
werden, welche Frankreich gewährt, damit das letztere nicht durch
die Möglichkeit billigerer Produktion und gefährliche Konkurrenz
bedrängt. Der Staat braucht dabei keinen Verlust zu erleiden,
wenn die Verbrauchssteuern erhöhte. Auf die Materialsteuer
zurückzugreifen, würde sich dagegen nicht empfehlen. Auch einer
Kontingenterhöhung der Zuckerproduktion, die von einigen Seiten
ebenfalls vorgeschlagen wurde, kann ich nicht zustimmen. Wir
wollen keine neuen Liebesgaben für Zucker-
industrie und Landwirtschaft. (Lachen links.) Die
Zuckerindustrie würde mit Freuden auf jede Prämie verzichten,
wenn Sie dieselbe nur gleich machen im Konkurrenzkampf auf dem
Weltmarkt, und das würde geschehen, wenn es gelänge, die anderen
Staaten ebenfalls zur Herabsetzung der Prämie zu veranlassen. Für
heute würde es uns genügen, wenn die Regierung den guten Willen
zeigte, zu helfen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Schatzsekretär Graf v. Posadowsky geht auf die Geschichte
des Zuckersteuergesetzes von 1891 ein und führt aus, daß es da-
mals nicht die Absicht sein konnte, den Rübenbau oder die Zucker-
industrie einzuschränken. Dem Rübenbau verdanke man in Deutsch-
land die Tiefkultur, den Fortschritt der Agrarkultur, die Ver-
edelung des Körnerbaus. Er sei das Ferment zur Hebung der
deutschen Landwirtschaft. (Zustimmung.) Bei der Materialsteuer
war das Reabement des Zuckers zu den Rüben viel niedriger fest-
gestellt, als es thatsächlich war. Die Folge davon war die, daß in
den großen Zuckerfabriken, die mit allen technischen Fortschritten
der Neuzeit versehen waren, der Exportzucker eine wesentlich höhere
Prämie erhielt, wie der Zucker aus den kleinen Fabriken, die zum
Theil mangelhaft geartet waren und unvollkommen technische Ein-
richtungen hatten. Diese Prämie war zu hoch, besonders mit Rück-
sicht auf den damaligen Zuckerpreis. In Folge dessen entstand
eine Anzahl von Fabriken nicht aus dem landwirtschaftlichen Be-
dürfnis, sondern aus dem kapitalistischen Interesse. (Zustimmung
rechts.) Das hat zur Aenderung des Zuckersteuergesetzes ge-
führt, und darin lag der eigentliche Schwerpunkt, weil mein Ant-
wortvorgänger davon sprach, daß eine gerade Entwicklung der Zucker-
industrie ermöglicht werden solle. Es ist ferner eine Thatsache, daß
die kleinen Fabriken zurückgegangen sind. Das liegt
daran, wie wir es so viel in der Industrie finden, daß die kleinen
Fabriken mit unendlich viel größeren Produktionskosten
arbeiten, wie die größeren. Eine Fabrik, die 3000 Centner Rüben
verarbeitet, braucht hierzu 150 Arbeiter, dagegen eine, die 20 000
Centner verarbeitet, nur 30 Arbeiter mehr. (Hört, hört!) Dasselbe
sehen Sie an den Brauereien. Die großen Brauereietablissements
entwickeln sich fortgesetzt und verschlucken immer mehr Brauereien
in der Provinz, auch solche, die man dort als große bezeichnet.
(Abg. Behel: Sehr richtig! Heiterkeit.) Hoffentlich sagen Sie
(nach links) auch zu dem Schluß, den ich daraus ziehe: „Sehr
richtig.“ Wenn wir nicht auf dem Gebiet der Spiritus-
industrie die Stellung hätten, die auf der Kontingenterhöhung
beruht, die aber noch sehr mangelhaft sein mag, wäre die Spiritus-
industrie denselben Weg gegangen. Wir hätten riesige Brenner-
etablissements und die Brennereten hätten aufgehört, ein land-
wirtschaftliches Nebengewerbe zu sein. Abg. Frhr. v. Man-
tuffel: Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Man hat eben bei
der Emanation des letzten Zuckersteuergesetzes nicht an die kleinen
Fabriken gedacht, und es findet sich vielleicht noch Gelegenheit,
diesen Fehler nachzuholen. Wir haben Amerika gegenüber das
Wettbewerbsrecht, wir sind trotzdem differenziell behandelt
worden, und man hat unsern Zucker nicht bloß einen Werthzoll
auferlegt, sondern auch einen Differenzialzoll für Prämienzucker, der
nicht bloß Einfluß auf den Preis des Zuckers hat, der nach Ame-
rika exportiert wird, sondern er brüht auch auf den ganzen Welt-
marktpreis und damit auf den Preis des heimischen Zuckers. Da-
durch sind wir natürlich schlechter weggekommen gegenüber den
einigen Ländern, die höhere Prämien zahlen und einen Differ-
enzialzoll leichter ertragen können. Der Vorredner hat nicht
ganz so Unrecht, daß es ein Zeichen allzu edelmüthigen Ver-
trauens ist, die Waffen aus der Hand zu legen, wenn der an-
dere noch im Anschlag liegt. Es wäre vielleicht richtiger gewesen,
vorhergehenden zu lassen. Es wird für den deutschen Zucker außer-
ordentlich schwer sein, mit so geringen Prämien dauernd gegen-
über den mächtigen Ländern den Weltmarkt zu behaupten.
Ein fernerer Grund für den Rückgang der Zuckerpreise liegt in der
Ueberproduktion, die aber zum großen Theil eine gesunde
Entwicklung bedeutet. Denn sie geht Hand in Hand mit der Auf-
schlebung der Theile unseres Vaterlandes, die ihren Grund und
Boden bisher nicht so ausnützen konnten, wie es Klima und Boden-
qualität erlaubt. Gerade von denjenigen Mitgliedern des Hauses,
die den agrarischen Interessen, ich will nicht sagen kalt
gegenüberstehen, denn das kann kein Mensch, der volkswirtschaft-
lich denkt, sondern der Landwirtschaft fremder gegenüber-

stehen, ist der Landwirtschaft gerathen worden, intensiver mehr
veredelte Früchte zu bauen, die im gewerblichen Leben zu ver-
wenden sind. Die Landwirtschaft hat sich das hinter die Ohren
geschrieen und hat in großem Maßstabe Rüben gebaut. Es war
das die Rettungsplanke, die die Landwirtschaft bestieg, um sich einige
Zeit über Wasser zu halten, als der Getreidebau ganz unlohnend
wurde. Wenn bei der Industrie die Preise der Produkte sinken und
sie sich doch aufrecht erhält, so kommt das davon, daß sie durch technische
Fortschritte in der Lage ist, billiger zu produzieren. Anders bei der
Landwirtschaft, die noch der menschlichen Arbeitskraft bedarf.
(Sehr wahr! rechts.) Wenn andererseits die Preise der land-
wirtschaftlichen Produkte fallen wegen der ausländischen Kon-
kurrenz, so muß das Ende ein Desast sein. Aus diesem
Grunde wird die Landwirtschaft gezwungen sein, sich auf den
Rübenbau zu werfen und bei diesem kann man nicht sagen, es sei
eine Industrie der großen Barone. Nein, an ihm partizipiert
gerade der kleinste Mann. (Sehr wahr! rechts.) Für den er noch
am gewinnbringendsten ist, weil er noch mit seinen eigenen Leuten,
mit seinem eigenen Blute arbeitet. Darum hat der Rückgang der
Rübenpreise für ihn sehr verhängnisvolle Folgen. Die Zuckerindustrie,
soweit sie kapitalistisch ist, wird seinen Nachtheil haben, denn sie
wird im Verhältnis zu den sinkenden Zuckerpreisen die Rüben-
preise erniedrigen, und sie hat das jetzt schon vielfach gethan durch
Schmugelzüge. (Sehr wahr! rechts. Rufe: abschreiben!)
Beim Abschreiben können die Leute hantelott werden, und
dann finden sich nicht einmal Nachfolger. Die Zuckerfrage
ist eine landwirtschaftliche Frage im eminentesten Sinne,
und eine Zuckerkrise ist eine ungeheuer ernste Sache, weil
es sich um enorme Summen dabei handelt. Ich kenne
einen Privatbesitzer, der jetzt schon an Zuckerpreisen gegen das
Vorjahr 200 000 Mark verloren hat, natürlich an Bruttokosten.
Daraus sieht man, was künftig zurückgehende Zuckerpreise für eine
Gamine sind, die die ganze Industrie mit sich reißen können. Bei
der Zuckerindustrie kann man nicht sagen: Die Krisis wird einige
Schwäche verhängen, und dann reguliert sich alles von selbst, denn
die Zuckerindustrie hat zum kleinen Theile mit dem Exporte und
zum größten mit dem Auslande zu thun, mit dem Importe. Ich
wünschte, in diesem Hause brähe sich auch auf der linken Seite
der Gedanke Bahn, daß man nicht jede Forderung der Landwirt-
schaft ablehnen kann als eine Forderung, die gestellt wird auf
Kosten der Gesamtheit. Ein Rückgang der Zuckerindustrie würde
viel größere Wellen schlagen als ein Rückgang der Getreidepreise,
weil an der Zuckerindustrie enorme Kapitalien interessiert sind,
die in dem Augenblick wertlos werden, wo die Fabriken geschlossen
sind. Es wird häufig auf der linken Seite und in der anti-
agrarischen Presse, aber auch in der Presse, die der Agrarfrage
mit nur platonischem Wohlwollen gegenübersteht, betont, die
Agrarier stellten extreme Forderungen. Gewiß haben sie auch
unausführbare Forderungen gestellt, aber die Sache liegt hier
wie bei den extremen Behauptungen in der Mitte. Wenn man
dem Gegner jede Erwiderung abschneidet, jede Behauptung ein-
fach zurückweist, so reißt man ihn zu Paradoyen. Ebenso reißt
man, indem man in der Landwirtschaft die berechtigten Forde-
rungen zurückweist, zu extremen Forderungen. Die Interpellanten
werden natürlich wissen, daß ich bei der Lage der Sache nur mit
äußerster Vorsicht mich ausdrücken kann. Unser Verhältnis
zu Amerika ist noch keineswegs geklärt und
auch die Verhältnisse des Zuckermarktes liegen
noch nicht so klar, um Vorschläge zu gesetzlichen
Gedanken verbinden zu können. Der Reichs-
kanzler hat aber die Frage der Zuckerkrise
zum Gegenstande für sorgfältige Prüfung ge-
macht und ist zugleich mit den preussischen
Refforts in Verhandlungen getreten über
Wege und Mittel, einem solchen Unglück vor-
zubeugen. Sollten diese Verhandlungen innerhalb des preussischen
Refforts zu einer Einigung führen, so wird er sich in gleicher
Weise mit den übrigen Regierungen in Verbindung setzen, und die
Herrn können sich verlassen, daß die Frage eine wohlwollende
Prüfung und eventuell Entscheidung finden wird. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Richter findet eine Besprechung
der Interpellation statt.

Abg. Richter (Freil. Wpt.): Der Staatssekretär hat eine
Antwort positiven Inhalts nicht gegeben, hat aber Ansichten kund
gegeben, von denen ich nicht annehmen möchte, daß auch der Reichs-
kanzler sie hat. Er hat sich als Agrarier vom reinsten
Wasser gezeigt (sehr richtig! links), wie es die extremste
Rechte nicht schöner hätte wünschen können. (Unruhe rechts, Beifall links.) Wie hat er dann unter dem früheren Reichskanzler
eine solche Stellung einnehmen können? Der Herr muß doch der
Ueberzeugung gewesen sein, daß sein Vorgehen in Fragen seines
Refforts ganz falsche Ansichten gehabt hat. Gleichwohl hat er die
entgegengesetzten Ansichten in seines Herzens Schrein verschlossen
und kommt heute erst damit zum Vorschein. Das ist auch ein Bei-
spiel für die gegenwärtig herrschenden Zustände, da darf man sich
gar nicht wundern, wenn bei einem abermaligen Kanzlerwechsel,
während der Schatzsekretär bleibt, wir von derselben Stelle wieder
andere Ansichten hören, die sich den unsrigen nähern. (Widerspruch
rechts.) Sie (nach rechts) haben früher ja auch nichts von diesen
Ansichten des Schatzsekretärs gemerkt. (Große Heiterkeit.) Zunächst
habe ich einmal von Nationalliberalen gesprochen, die mit Ketten an
den Bund der Landwirtschaft geschmiebelt seien. Diese Herren schelten
jetzt nach Selbständigkeit zu dürfen (Heiterkeit), um mit Leporello
zu sprechen, sie wollen nicht länger Diener sein, wollen selbst den Herrn
machen. Daher ihr Elter, dem Grafen Rantk und Herrn v. Klög
mit Anträgen und Interpellationen agrarischer Richtung hier zuvor-
zukommen. So haben die Nationalliberalen ja auch die Kündigung
des Vertrages mit Argentinien beantragt. Durchaus auffallend ist
es, daß sie gar nicht die Stellung der Herren von der Rechten zu
dieser Frage abwarten. Wie jene Herren die Sache auffassen, be-
weist eine Stelle der „Kreuzzeitung“, wo es heißt, die National-
liberalen bemühten sich um den Anschluß an die konservative Partei,
die Konvertirten hätten gar nicht dagegen, daß die Nationallibe-
ralen ihnen die Nähe abnehmen. (Hört! hört! links.) Wie die
Geschichte des Kanzlerwechsels batet von den Jagdgründen des

Grafen Eulenburg, so datt die Zuckerbewegung von den Jagdgründen des Herrn v. Diez-Barby. (Zustimmung links.) Die reulische Schilderung von der Lage der Landwirtschaft durch den Schatzsekretär war ebenso einseitig wie falsch. Keine Silbe hat er gesagt über den außerordentlichen Aufschwung der Viehzucht in den letzten 20 Jahren. Auch der Staatssekretär wird wissen, daß das hier entworfene trübe Bild von der Landwirtschaft ganz und gar nicht zutrifft auf die Entwicklung der Zuckerindustrie in den letzten 20 Jahren. In Deutschland hat sich die Zuckerindustrie weit über das Wachstum der Bevölkerung entwickelt. Die Zuckerbezirke haben eine bedeutende Zunahme der Bevölkerung gehabt und müssen trotzdem noch aus anderen Distrikten für die Arbeiter Reute herbeiführen. Daher der Name „Sachsen-gänger“. Wenn das heute als ein besonderes Verdienst der Zuckerindustrie hervorgehoben ist, so klagt die übrige Landwirtschaft um so mehr über Arbeitermangel, der für sie durch die Zuckerindustrie entsteht. Man geht sogar so weit, Polizeimeistern gegen die Sachsen-gänger zu verlangen. Man hat von dem Rückgang der Reute der Landwirtschaft gesprochen. Ganz im Gegensatz dazu ist die Grundrente auf den sogenannten Zuckergütern ganz außerordentlich gestiegen. (Sehr wahr! links.) Aus dem Verzeichnis der Veränderungen in den Domänen Preußens bei den Steuerpachtungen hat sich herausgestellt, daß die Zuckergüter eine Grundrente und Pachtrente ergeben, die innerhalb 18 Jahren auf das Vierfache gestiegen ist. In der letzten Zeit hat die fortgesetzte Steigerung der Pachtrente dieser Domänen nahezu den Rückgang der Reute bei allen anderen Domänen aufgewogen. Auf den Zuckerrübenbau trifft auch alles das nicht zu, was der Reichskanzler neulich von dem Zurückbleiben der Landwirtschaft gegenüber der Industrie gesagt hat. Kein Industriezweig ist in der letzten Zeit besser gefahren, als die Zuckerindustrie. Freilich, mit welchen Opfern ist das zu Wege gebracht! Der Rübenbau ist in den Jahren 1873–1889 mit 308 Millionen subventioniert worden durch Ausfuhrprämien. Diese Subvention ist zu Gute gekommen einer Gesamtfläche von nur 300 000 Hektar, das heißt 1 bis 1½ Prozent der gesamten Anbaufläche. Sie ist zu Gute gekommen einzelnen Landschaften, Sachsen, Hannover, Anhalt, Braunschweig. Trotz der Beschränkung der Subvention im Jahre 1891 zahlen wir auch jetzt noch zehn Millionen Ausfuhrprämien. Nun wird ja Niemand verkennen, daß gegenwärtig die Zuckerpreise unnatürlich niedrig sind und daß daraus Mißverhältnisse entstehen wie bei jeder ungünstigen Konjunktur. Es kommt aber nicht darauf an, daß gegenwärtig Mißverhältnisse irgend etwas geschehe, es kommt darauf an, daß etwas Wichtiges geschieht. Eine unrichtige Maßnahme verschlimmert nur die Verhältnisse (Zustimmung links.) Die Gedanken der Herren am Ministertische bewegen sich allerdings in einer Richtung, die nur geeignet ist, das Uebel zu verschärfen. Der Ermäßigung der Ausfuhrprämien im Jahre 1891 wurde entgegen gehalten, daß dadurch die Zuckerproduktion beschränkt werden würde. Das Gegenstück ist eingetreten. Es ist ja thöwelle richtig, daß das von den niedrigen Getreidepreisen kommt; das ist aber nicht der durchschlagende Grund. Diejenigen, die neue Zuckerfabriken errichten, können sich unmöglich nur durch die niedrigen Getreidepreise bestimmen lassen, sie haben die ganze Lage der Zuckerindustrie ins Auge zu fassen. Gerade die Verbesserung der Substitutionsanlagen beweist, daß die Interessenten, trotzdem sie gewärtig sein müssen, daß 1895 die Ermäßigung der Prämie eintritt und 1897 die Prämien ganz aufhören, der Ansicht sind, daß die Zuckerindustrie ein sehr rentables Geschäft ist. (Zustimmung links.) Die Verbesserung der Fabriken und die Erweiterung der Anlagen ist soweit gegangen, daß kürzlich das Organ der deutschen Zuckerindustrie den Vorschlag machte, die bestehenden Zuckerfabriken müßten die deutschen Maschinenfabriken bedrohen, daß, wenn sie künftig Maschinen für neue Fabriken liefern wollten, man ihnen die Rundschaft entgegenstellen müsse. (Unruhe links.) Wo doch die Dampfkraft! Dies Dampfkraftsystem! Dies Dampfkraftsystem bezieht sich eigentümlich gegenüber der Behauptung, wie viel die Zuckerindustrie der Maschinenindustrie zu verdienen gebe. Man thut so, als ob es sich darum handele, ob überhaupt künftig noch Rüben gebaut werden könnten oder nicht. Nein, es handelt sich darum, daß der Rübenbau wieder in die Grenzen gebracht wird, in denen er sich vor zwei oder drei Jahren bewege. 1892/93 sind 342 000 Hektar mit Rüben bebaut worden, 1893/94 378 000, 1894/95 424 000, in den letzten drei Jahren waren es also 19½ Prozent mehr. Auch der Ertrag hat sich von 280 Doppelzentner Rüben auf 360 pro Hektar erhöht. Man vergißt also bei den niedrigen Preisen zu berücksichtigen, in welchem Umfang dies eine Folge der gesteigerten Produktion und einer größeren Ernte auf derselben Fläche ist. Der Zuckerindustrie ist nichts notwendiger als Stetigkeit der Gesetzgebung. (Sehr wahr! links.) Außerdem muß auf die Dauer der gestiegenen Zuckerpreise zu einem vergrößerten Zuckerkonsum in Deutschland führen. Was in dieser Richtung möglich ist, beweist England, wo der Zuckerkonsum auf das Vielfache gestiegen ist. Die Steigerung des inländischen Konsums ist die natürliche Linie für die Entwicklung der Zuckerindustrie. Statt dessen erachtet der Schatzsekretär — etwas dunkel war ja der Rede Sinn — in seinen Ausführungen über Klein- und Großbetriebe es für eine Aufgabe der Steuerleggebung, die Vorteile des Großbetriebes zu Gunsten der kleineren Betriebe zu machen. Wenn das jetzt als Grundlag in der Steuerleggebung proklamiert wird, so geraten wir auf eine schiefe Ebene der wirtschaftlichen Entwicklung, vor der wir graut. Wenn man die Vorteile des Großbetriebes zu Gunsten des Kleinbetriebes zu nichte macht, so liegt darin eine Schädigung des Nationalwohlstandes, die viel schlimmer ist, als irgend eine neue Steuer. Dafür beruft sich der Schatzsekretär auf die alte preussische Malzsteuer. Ja, hat er denn dieses Steuerwesen niemals verstanden? (Heiterkeit links.) Der Staatssekretär bei der Malzsteuer richtete sich nach der Größe des Malzraums. Das hat einen steuer-technischen, keinen wirtschaftlichen Grund, weil in dem Großbetrieb bei demselben Malzraum mehr Spiritus gewonnen wird, als in dem Kleinbetrieb. (Sehr richtig! links.) Dieser Unterschied soll ausgeglichen werden, weil sonst in dem Kleinbetrieb weniger Spiritus mehr Steuern bezahlen müßte, als im Großbetrieb. (Zustimmung links.) Wenn das wirtschaftspolitische Programm des Schatzsekretärs, die Steuerleggebung zu benutzen, um die Vorteile des Großbetriebes unnötig zu machen, richtig ist, dann haben die Sozialdemokraten Grund zu triumphieren. Der Schatzsekretär könnte danach auch folgern, daß die Grundsteuer verhältnismäßig höher bemessen werden muß für den größeren Grundbesitz als für den kleineren. Ich hoffe, daß, wenn diese Gedanken des Schatzsekretärs sich weiter abgiklart haben werden, seine übrigen Kollegen erkennen, auf welchen grundsätzlichen Bahnen sie sich bewegen. Ein zweites Mittel, um dem niedrigen Preisstand abzuhelfen, soll in der künstlichen Förderung der Ausfuhr durch erhöhte Prämien bestehen. Wie hoch sollen denn diese Prämien eigentlich bemessen werden? Wir stehen hier vor der Frage, ob die ungesunde Entwicklung des Rübenbaues und der Zuckerfabrikation, die in Folge der Ueberproduktion eingetreten ist, künftig von Reichswegen zur Grundlage wirtschaftlicher Maßregeln gemacht werden soll. Die Sache liegt hier noch ganz anders, wie beim Getreidebau. Gegen die Konkurrenz des Auslandes ist der Rübenbau vollständig geschützt, weil die

Bölle so hoch sind, daß gar keine Einfuhr stattfindet. Die Voraussetzung, daß man bei dem Zuckererzeugnisse von 1891 angenommen habe, daß die anderen Staaten 1895 ihre Prämien aufheben würden, ist vollständig unrichtig. Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß man auf dem Wege solcher Maßnahmen andere Staaten am wenigsten zu KonzeSSIONen bringt. Die Theorie, die Fürst Bismarck seiner Zeit aufstellte, hat sich nicht bewährt. Die Schutzbölle, welche wir einführen, haben nicht als Kampfbölle die anderen Staaten zu Verhandlungen gemacht, sondern die fremden Staaten haben ihrerseits Schutzbölle eingeführt und dadurch unsere deutsche Ausfuhr weit mehr benachteiligt, als der deutschen Industrie durch unsere Bölle genutzt worden ist. Wollen wir gegen Amerika unsere Ausfuhrprämien erhöhen, so würde man dazu kommen, in Amerika den Differentialzoll weiter zu erhöhen, und so im schärfsten Wettlaufe auf Kosten der Reichskasse den Amerikanern schließlich den Zucker umsonst geben. Wir müssen auch das gesammte Verhältniß zu Amerika in Betracht ziehen, denn es kommen Interessen in Frage, denen gegenüber die Zuckerinteressen nur gering zu veranschlagen sind. Im Uebrigen hat sich in den letzten Jahren die deutsche Zuckerausfuhr erheblich vergrößert, während diejenige Frankreichs zurückgegangen ist. Wenn es wahr ist, daß Deutschland am billigsten Zucker produzieren kann, wie Abg. Baasche behauptet, dann hat es am allerwenigsten Veranlassung, Prämien zu zahlen. (Unruhe rechts.) Es ist nicht nationalökonomisch mit Hilfe eines Zuschusses zu verkaufen. Man sollte sich bemühen, mit Amerika in weitere Verhandlungen einzutreten, um zu einem vollständigen neuen Handelsvertrag zu kommen, der den Vertrag von 1828 ersetzt und im internationalen Interesse beider Staaten liegt. Der Schatzsekretär stellt es so dar, als ob wir demnächst eine Verlängerung, vielleicht sogar eine Erhöhung der Prämien zu erwarten haben. Da mache ich darauf aufmerksam, daß das Reichs-kanzleramt bei der Militärvorlage ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß wir 1895 und 1897 an Zuckerprämien eine Ersparnis von 12 Mill. haben werden. Die ganze Grundlage der finanziellen Berechnung würde verschoben werden, wenn wir darauf verzichteten. Was ist das für eine Politik, auf der einen Seite Millionen zuzuschießen, um eine Industrie künstlich in einem Umfange zu erhalten, den sie durch Ueberproduktion erhalten hat, und auf der anderen Seite die Tabakindustrie zu heurnutzen und zu erschweren durch neue Steuern (sehr richtig! links), ganz abgesehen davon, daß diese Steuer auch eine Belastung des Volkes mit sich bringt. Herr Baasche ist bereit, zur Kostendeckung der Ausfuhrprämien die Zuckerbedarfsabgabe um 2 Mark zu erhöhen. Um diese 2 Mark würde der inländische Konsum vertheuert. Dazu würde noch die Wirkung der Prämien auf die Steigerung des inländischen Preises kommen. Anstatt uns zu beschreiben, den Zucker immer wohlfeiler zu machen, geben die Vorschläge jener Herren darauf hinaus, den inländischen Konsum zu vertheuern, um ihn dem Auslande möglichst billig zu machen. (Sehr richtig! links.) Eine solche Politik kann nicht scharf genug verurtheilt werden. (Lebhafter Beifall links.) Schatzsekretär Graf v. Posadowsky: Ich habe nie das Gefühl gehabt, mich der Parteil des Abg. Richter anzunähern. (Heiterkeit.) Wenn der Abg. Richter gemeint hat, ich müßte neben dem Grafen Caprivi mit dem Gefühl gefahren haben, daß seine Politik eine falsche sei, so antworte ich ihm: Ich würde mich nie dazu bereit finden lassen, meine persönliche Ueberzeugung unterzuordnen unter ein Ardenntitäts- oder amiliches Verhältniß. Wenn ich die Ueberzeugung hätte, wie der Abg. Richter, so hätte ich sofort Se. Majestät um meine Entlassung gebeten. Ich kann den Beweis wohl führen, daß mein hoher Chef, Graf Caprivi, über meine persönliche Ueberzeugung nie im Zweifel gewesen ist. Bei einer Gelegenheit führte ich im Beisein des Grafen Caprivi im Reichstag aus, wie notwendig eine Kontingentierung der Spiritussteuer im Interesse des Kartoffelbaues ist. (Rebner verliest die betr. Stelle aus dem stenographischen Bericht.) Da wurde mir „Agrarier“ zugerufen. Ich antwortete darauf: Genüß, in dieser Beziehung bin ich Agrarier, weil ich die Verhältnisse kenne. Ich bin nicht Agrarier in dem politisch-technischen Sinne wie Sie (nach links), es anwenden. Aber ich bin Agrarier in dem Sinne, daß ich die Landwirtschaft für den wichtigsten Erwerbszweig in Deutschland halte, und daß ich glaube, jede Staatsverwaltung muß hierauf gebührend Rücksicht nehmen, wenn wir im Innern nicht bankrott werden wollen. (Beifall rechts.) Abg. Graf v. Kanitz (dl.): Meine Parteil hat bis jetzt mit Initiativanträgen zurückgehalten aus Höflichkeit gegen die Regierung, weil wir erst auf ihr Programm warteten. Aber der Abg. Richter braucht sich keine Sorge zu machen, wir werden schon mit Anträgen kommen, an denen er seine Freude haben wird. (Heiterkeit.) Nicht der inländische Konsum, sondern die Weltmarktverhältnisse sind schuld an der Kalamität der Zuckerindustrie. Im laufenden Jahre ist die Ausfuhr um über eine Million Doppelzentner zurückgegangen. Der inländische Konsum ist schon um das Doppelte gestiegen, aber die gesammte Produktion kann der inländische Konsum nicht absorbieren, und deswegen liegen die vitalsten Interessen der deutschen Zuckerindustrie in der Ausfuhr. Frankreich ist nicht in gleichem Maße darauf angewiesen, denn die französische Landwirtschaft ist in höherem Maße als die unsrige durch Bölle geschützt und hat deshalb nicht nötig, sich in dem Maße wie unsere Landwirthe auf den Rübenbau zu werfen. Unser Interesse an dem Zuckereport nach Amerika ist sehr erheblich, und darum ist es bedauerlich, daß die Amerikaner durch ihre Zollgesetzgebung den Absatz dahin einschränken, so daß er in kurzer Zeit verschwindet. Man hat sich leider vor 2½ Jahren bei den Verhandlungen mit der amerikanischen Union nicht genügende Garantien bezüglich des Zuckers geben lassen, sondern sich mit einer bloßen Erklärung begnügt. Wir sollten der nordamerikanischen Union den Meistbegünstigungsvertrag kündigen, moßir auch diejenigen stimmen müßten, die den Antrag auf Kündigung des Vertrages mit Argentinien eingebracht haben. Das ist klar, daß die heutigen Zuckerpreise verlustbringend sind. Will der heutige Prämie kann eine durchgreifende Besserung nicht erzielt werden, und eine Erhöhung derselben wäre darum wünschenswerth. Die beste Hilfe wird sein, wenn Sie den übrigen Zweigen der Landwirtschaft Förderung angedeihen lassen, so daß der deutsche Bauer nicht gezwungen wird, sich dem Rübenbau zuzuwenden. Wir haben auch die Meistbegünstigung Amerika nicht ohne weiteres auf dem Präsentirteller entgegengebracht, wir haben uns durch den Notenausgleich von 1891 Garantien geben lassen für unsere Behandlung als meist begünstigter Staat. Wir erachten uns nun gegenüber den Vereinigten Staaten zur Gewährung der unbedingten Meistbegünstigung verpflichtet, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten ihrerseits dieselbe Verpflichtung uns gegenüber in vollem Maße erfüllen. Die neueste Zolltarifnovelle stellt das allerdings in Frage. Staatssekretär Frhr. v. Marischall: Die Behauptung des Vorredners, daß der amerikanische Werthzoll auf Zucker von 40 Prozent die Hauptsache, der Zuschlag aber etwas Untergeordnetes sei, muß ich entschieden zurückweisen. Dieser Zuschlag ist darum von großem Werth, weil er die Meistbegünstigung verleiht und im Widerspruch steht mit dem Vertrag von 1828. Der 40proz. Werthzoll trifft den Zucker aller Kulturstaaten, der Differentialzoll aber nur uns, und das ist für uns von großer Wichtigkeit, weil % des amerikanischen Konsumbedarfes aus dem Auslande kommen. Der Vorwurf, daß wir den Vereinigten Staaten die Meistbegünstigung ohne jede Gegenleistung eingeräumt haben, trifft nicht zu. Wir haben die KonzeSSION gewährt, weil wir dazu vertragmäßig ver-

pflichtet waren nach § 4 des Vertrages von 1828. Aber es ist außerordentlich leicht, mit einem Fieberfieber langjährige Beziehungen zu zerbrechen, es ist aber schwer, einen Faden, wenn er einmal abgerissen ist, wieder anzufäupen. (Sehr wahr! links.) Es handelt sich bei der Ausfuhr nach Amerika um Werthe von Hunderten von Millionen. Bei der Regierung der Vereinigten Staaten fanden wir volles Verständnis für unsere Bestrebungen. In Folge unseres Protestes hat die Regierung der Vereinigten Staaten dem Kongreß einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach der Zuschlag nicht eintreten soll. (Rebner verliest die betreffende Stelle der Postkarte des Präsidenten Cleveland.) Die Entscheidung liegt in den Händen des Kongresses. Sie werden es verstehen, wenn ich in diesem Augenblicke Zurückhaltung übe und sorgfältig vermeide, hier Worte zu sprechen, welche die Aufgabe derjenigen erschweren würden, die mit bestem Willen und ernstlich dahinstreben, diese Vertragsverletzung rückgängig zu machen (sehr richtig!). Aber das hoffe ich, daß, nachdem wir in loyalster und gewissenhafter Weise den Vereinigten Staaten gegenüber den Vertrag erfüllt haben, die Vereinigten Staaten in gleicher Weise gegen uns verfahren werden. (Beifall.) Abg. Voß (Soj.): Die Zuckerindustriellen haben gar keine Veranlassung, hier den Schutz des kleinen Bauern zu betonen, denn sie sind es, die die Rübenpreise derart drücken und ihm so viel Abzüge für Schmutz und dergl. machen, daß der Bauer für den Zentner Rüben thätigst anstatt 80 Pf. nur 50 Pf. erhält. Ebenso werden die Arbeiter ausgebeutet. Ich bin überzeugt, daß die Regierung die Wünsche der Zuckerindustriellen einfach erfüllen wird. Merkwürdig ist, daß in dem Lande, in dem der beste Zucker der Welt produziert wird, selbst der meiste Zucker verzehrt wird. Deutschland steht hierin hinter Schweden. Wie können die Agrarier so ungenügend Unterstützung verlangen, wo doch die kleinen Bauern, Handwerker und Arbeiter so ungenügenden Schutz erhalten? Es wird die Zeit kommen, wo den Besitzenden, was sie jetzt zu ihrem Nutzen erreichen, zum Schaden ausfallen und die Sozialdemokratie siegen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Berathung wird nunmehr vertagt. Persönlich bemerkt Abg. Dr. Baasche (natl.): Abg. Richter hat in seiner gewohnten vornehmen Redeweise die Interpellanten als „Hörige des Bundes der Landwirthe“ bezeichnet. Diese Angriffe sind ebenso unqualifizierbar wie diejenigen — (Präsident v. Levetzow macht den Rebner darauf aufmerksam, daß er das Gebiet der persönlichen Bemerkung verlässe). Er gesagt hat, ich hätte durch die Interpellation die Günst der Kreuzzeitung erwerben wollen. (Zuruf: hat er nicht gesagt.) Ich mache mein politisches Handeln nicht von solchen Motiven abhängig. Präsident v. Levetzow theilt mit, daß die Interpellation wegen der Handwerkerkammern bis auf Weiteres zurückgestellt sei, und schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung außer der Fortsetzung der heutigen Berathung die Berathung des Antrags des Staatsanwalts auf Strafverfolgung des Abg. Liebflecht zu legen. Freiherr v. Mantuffel (dl.) beantragte, letzteren Gegenstand an erster Stelle zu verhandeln, weil seine Parteil diesen Gegenstand nach vor den Weihnachtstagen erledigt zu haben wünschte. Präsident v. Levetzow: Bis zu den Weihnachtstagen haben wir noch lange Zeit. (Heiterkeit.) Der Antrag des Abg. v. Mantuffel wird abgelehnt, es bleibt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung. Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

Deutschland.

Δ Berlin, 14. Dez. [Aus dem Reichstage.]

Graf Posadowsky hat heute erklärt, und man kann es ihm glauben, daß er sein agrarisches Herz nicht erst jetzt zu entdecken brauchte. Aber heftiger und stürmischer jedenfalls als unter dem Grafen Caprivi klopft jetzt dieses Herz, und der Schatzsekretär sollte es nicht verüßeln, wenn der merkwürdige Gegensatz seiner Reden unter dem Fürsten Hohenlohe zu seinen früheren nach Gebühr beachtet wird. Die Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Abg. Richter über diese Wandlungen füllte einen wesentlichen Theil der heutigen Sitzung aus. Daß Graf Posadowsky den Konservativen immer werthvoller wird, das zeigte ihr förmlich überquellender Beifall, mit dem sie dem ungemein geschickten Rebner am Bundesrathstisch von Satz zu Satz folgten. Der Schatzsekretär hat noch ganz sicher eine Zukunft vor sich. Andere, denen man das vor kaum noch einem Jahre ebenfalls vorhersagen zu dürfen glaubte, werden inzwischen schon selber zu der Einsicht gekommen sein, daß sie eine Zukunft hinter sich haben. — Der Reichstag wird die Verhandlung über den Strafantrag gegen Liebflecht nun doch schon morgen vornehmen. Noch während der Sitzung waren die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Beschleunigung getheilt, aber die Mehrheit wollte die Sache erledigt wissen, und es ist schließlich kein triftiger Grund gegen diese Auffassung geltend zu machen gewesen. Die morgige Verhandlung wird wohl Herrn Schönstedt die Gelegenheit zu einer Jungferrede geben. Eine solche wird es im ganzen Umfange schon deshalb sein, weil der neue Justizminister bisher niemals einer Volksvertretung angehört oder als Regierungskommissar gesprochen hat.

— Zu der Mittheilung, daß der Kaiser dem Fürsten Hohenlohe einen Jahreszuschuß von 100 000 Mk. bewilligt habe, schreibt die „Freis. Ztg.“: Eine solche außeretatsmäßige Zuwendung ist ohne Zustimmung des Reichstags materiell nicht zulässig. In Straßburg hat Fürst Hohenlohe als Statthalter bekanntlich überhaupt kein Gehalt bezogen, sondern nur eine Repräsentations-Entschädigung von 180 000 Mk. Als Reichskanzler bezieht Fürst Hohenlohe 54 000 Mk.

— In der am 13. d. Mts. unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher, abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aenderung des Zolltarifs, sowie dem Ausfuhrantrage, betreffend den Entwurf von Bestimmungen über die Gewährung einer Zollbegünstigung beim Schalen von Erdnüssen, die Zustimmung erteilt. Außerdem wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

L. C. Dem Reichstage ist die Uebersicht der Ergebnisse des Heeresergänzungs-geschäfts im Jahre 1893 zugegangen. Darnach sind von 1 522 076 in den Listen geführten Dienstpflichtigen unermittelt geblieben 45 222, ohne Entschuldigungen ausgeblieben 117 483, anderwärts gestellungspflichtig geworden 375 390, zurückgestellt 517 186, ausgeschlossen 1431, ausgemustert 30 496, dem Landsturm

ersten Aufgebots überwiesen 90 217, der Ersatzreserve überwiesen 84 394, der Marine-Ersatzreserve überwiesen 334. Dagegen sind zum Dienst im stehenden Heere ausgehoben 234 865, davon zum Dienst für das Heer mit der Waffe 226 519; ohne Waffe 4065; für die Marine aus der Landbevölkerung 1898, aus der seemannischen und halb-seemannischen Bevölkerung 2203. Ueberzählig geblieben sind nur 8350 Personen. Außerdem sind freiwillig eingetreten in das Heer 15 814, in die Marine 774. Ferner sind im Beginn des militärpflichtigen Alters eingetreten in das Heer 15 922, in die Marine 978. Die Gesamtsumme der Ausgehobenen bzw. freiwillig Eingetretenen beläuft sich demnach auf 268 173 Mann. Wegen unerlaubter Auswanderung sind verurtheilt 25 851, noch in Untersuchung 15 522.

Wie im Jahre 1882 sollen auch dieses Mal die Modalitäten der im Jahre 1895 beabsichtigten Berufs- und Gewerbezahlung durch das Gesetz festgestellt werden, um den statistischen Erhebungen eine unzweifelhafte, rechtliche Grundlage zu geben. Die Bestimmung des Zeitpunktes ist dem Bundesrath vorbehalten. Die Gesamtkosten sind auf 2 150 000 Mark veranschlagt, von denen 300 000 Mark bereits in diesem Etatsjahre für die Vorarbeiten beansprucht werden und in den Etat für 1895/96 1 400 000 Mark eingestellt sind.

Durch den heutigen Beschluß des Reichsgerichts, die Revision des Herrn v. Thüngen, der von dem Landgericht Berlin I wegen Beleidigung des Reichsanzlers Grafen Caprivi zu 600 M. Geldstrafe verurtheilt worden, zurückzuweisen, ist das Urtheil rechtskräftig geworden. Die Frage, ob das Berliner Gericht für die Klage wegen des in einem bayerischen Blatte veröffentlichten „offenen Briefes“ des Herrn v. Thüngen zuständig ist, hat das Reichsgericht nicht entschieden; die Revision ist für ungültig erklärt, weil Herr v. Thüngen nach der Zustellung der Anklage und Ablehnung seines Einwandes der Anzuständigkeit nicht Beschwerde erhoben hatte. Die für die Presse wichtigste Frage des Gerichtsstandes bleibt also offen.

Der Konkurs ist, wie das Amtsgericht zu Liebenwalde im „Reichsanzeiger“ bekannt macht, am 11. Dezember eröffnet über das Vermögen des königlichen Domänenpächters Hermann Grafen von Posadowski-Wehner auf Domäne Hammer, Reg.-Bez. Potsdam.

Nach Privatmeldungen der Abendblätter aus Malsch lehnten die Städte die Forderung der Regierung von Mecklenburg-Schwerin betreffs der von den Prinzessinnen bisher gezahlten Steuern ab.

München, 14. Dez. Das „Militärblatt“ veröffentlicht die Verleihung des Militärverdienstordens an den preussischen Kriegsminister General d. Inf. Bronsart von Schellendorff.

Oesterreich-Ungarn.

W. B. Wien, 14. Dez. [Abgeordnetenhaus.] In der fortgesetzten Beratung des Budgetprovisoriums tritt für die Slovenen Ferjanec und Spincic das Vorgehen der Regierung in Friaun, insbesondere anlässlich der Angelegenheit in Pirano. Spincic bezeichnet dieses Vorgehen als ohnmächtig und erklärt, die Slovenen könnten einer solchen Regierung keinen Preuss vorziehen. Der Kampf in Friaun werde fortbauern. Der Italiener Rizzi erklärt, die Italiener widerlegten sich nicht der nationalen Entwicklung der Slovenen in Friaun, verhorresciren jedoch deren übertriebene sprachliche Parität. Redner stimmt trotzdem für das Budget, indem er die Hoffnung ausspricht, die Regierung werde die nationale Begehrtheit der Slovenen nicht unterdrücken und die einzige konservative Partei Friauns, die Italiener, nicht in die Opposition treiben. Der Antiklerikale Schlegel sagt, gegen die Alliance Israélite müsse eine Allianz der Antiklerikalen der ganzen Welt gebildet werden. Der deutsch-nationale Rindermann erklärt, er müsse der Regierung sein Misstrauen aussprechen, wenn der ins Budget eingestellte Posten für slovenische Parallellassen in Gilt nicht gestrichen würde. Redner wendet sich dagegen, daß die Deutschnationalen nicht für kaiserlich gehalten werden. Basatz ergeht sich in heftigen Angriffen gegen die Regierung und den Dreihund. Dazzanella erklärt, wenn die Regierung die Führerrolle übernehme, dürfte im Lande die Verwirklichung der berechtigten Wünsche des Trentino anzubahnen sein. In dieser Voraussetzung votiren die Abgeordneten des Trentino das Budget. Fortsetzung der Debatte morgen.

Polen.

Posen, 15. Dezember.

* Baugewerkschulen. Die 12 preussischen Baugewerkschulen, die theils vom Staate allein, theils gemeinschaftlich vom Staate und der Gemeinde des Schulortes unterhalten werden, zählen im laufenden Winterhalbjahre 2616 Schüler gegen 2448 im Vorjahre, und zwar Hülter 300, Jdstein 283, Berlin 270, Breslau 264, Magdeburg 225, Deutsche-Crone 224, Wienburg a. B. 220, Gernsförde 208, Buztehude 203, Posen 185, Königsberg 150 und Götlich, wo die Schule erst in diesem Winterhalbjahr mit vier Klassen eröffnet worden ist, 84 Schüler.

* Subenfreiche. Eine Alarierung der Feuerwehr erfolgte in vergangener Nacht 12 Uhr von der Feuermeldestation in der Wasserstraße Nr. 16 aus. Von rucklosen Händen war die Scheibe vom Straßentaste zum Feuermelder zerklüftet und der Apparat abgezogen worden; leider konnte der Uebelthäter nicht ermittelt werden. Anscheinend sind es wohl mehrere nichtsnutzige Burschen, welche dergl. Schandtaten begehen, denn vor 14 Tagen Nachts um 11 1/2 Uhr wurde die Scheibe vom Feuermelder am Grünen Platz in der Schützenstraße zerklüftet und der Apparat abgezogen. Ferner wurden an diesem Abend in der Unterstadt und in der folgenden Nacht in der Großen Gerberstraße mehrere Firmenschilder abgerissen und sonstiger Unfug getrieben. Offentlich gelangt es, die Uebelthäter zu ermitteln, damit dieselben eine exemplarische Strafe erhalten.

* Auf dem Neuen Berlinerstraße Nr. 8 wurde gestern Abend nicht mehr bei elektrischem Licht gearbeitet, weil eine Einigung zwischen dem Bauherrn und dem Baumeister Jarecki betreffs der zu zahlenden Lohnentwöhnung für die längere Arbeitszeit nicht zu erzielen war.

* Besitzwechsel. Das Grundstück Breitestraße Nr. 15, früher Hotel de Paris, bisher dem Kaufmann Benno Helmann gehörig, ist am 12. d. Mts. für den Preis von 174 000 Mark an den Regierungsbaumeister August Lauber, Graben 28 wohnhaft, übergegangen.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 14. Dez. Die Ausfuhr aus dem Bezirk des hiesigen Generalkonsulats der Vereinigten Staaten betrug im 3. Quartal der „Frankf. Btg.“ zufolge 7 600 000 gegen 8 340 000 Dollars im gleichen Vierteljahr 1893.

Wien, 14. Dez. Der Statthalter Fürst zu Hohenlohe-Vangenbrun ist in der Uniform eines Generals der Kavallerie mit dem Staatssekretär v. Puttkamer heute Nachmittag hier eingetroffen und bei dem Bezirkspräsidenten abgestiegen. Hier fand alsbald die Vorstellung der Staats-, Kirchen- und Gemeindebehörden statt. Unter den Kirchenbehörden befand sich auch der Bischof. Abends findet eine Festtafel statt. Die Rückreise nach Strassburg erfolgt morgen Nachmittag.

Wien, 14. Dez. Nach Meldungen der „Politischen Korrespondenz“ aus Kairo ist die Reise der Kaiserin-Wittve von Russland und des Großfürsten-Thronfolgers nach Aegypten für Ende Januar beabsichtigt. Die Reisenden würden sich ohne längeren Aufenthalt in Alexandria und Cairo nach Ober-Aegypten begeben und dort Februar, März und erforderlichen Falls länger verweilen.

Best, 14. Dez. Die Meldungen von dem bevorstehenden Eintreffen des Königs entbehren der Begründung. Damit entfallen die daran geknüpften Vermuthungen über eventuelle Wendungen der politischen Lage. Von gut unterrichteter Seite wird erklärt, es sei daran festzuhalten, daß es keine aktuelle Krise gebe und auch die parlamentarische Lage zu einer solchen nicht dränge.

Best, 14. Dez. Der Staatskassen-Ausweis vom 1. Juli bis Ende September d. J. verglichen mit der gleichen Periode des Vorjahres stellt sich folgendermaßen: gesammte Bruttoeinnahme 127 405 814 Gulden, mehr 6 733 776 Gulden; gesammte Bruttoausgaben 120 599 250, mehr 5 218 779 Gulden. Die Bilanz des dritten Quartals stellt sich daher gegen das Vorjahr um 1 519 996 Gulden günstiger.

Rom, 14. Dez. [Deputirtenkammer.] Der Präsident kündigte an, die Gerichtsbehörde habe die Privatpapiere aus dem sechsten Faszikel Giolittis in Folge einer Klage der hiesigen interessierten Personen (der Familie Crispi) beschlagnahmt. In den Wandelgängen glaubt man, die Dokumente der vier ersten Faszikel, deren Veröffentlichung gestern beschlossen wurde, könnten bereits morgen gedruckt sein und vertheilt werden.

Rom, 14. Dez. [Senat.] Der Präsident kündigte an, er habe von dem Kammerpräsidenten verlangt, daß die Dokumente Giolittis, welche Senatoren betreffen, ihm überhandt würden. Der Senat beschloß, die ihn betreffenden Dokumente derselben Kommission zu überweisen, welche früher die analogen Dokumente prüfte.

Rom, 14. Dez. Der Direktor des vatikanischen Observatoriums Vater Denza, welcher gestern nach einer Audienz beim Papste von einem Schlaganfall betroffen wurde, ist heute gestorben.

Paris, 14. Dez. Der Senat nahm den ersten Artikel des Gesetzesentwurfs über die Verbesserung des Hafens von Le Havre und die Regulirung des unteren Seineaufs an.

Paris, 14. Dez. Der deutsche Botschafter Graf Münster begab sich heute Nachmittag zu dem Präsidenten der Republik, Casimir-Perier, um im Auftrage des deutschen Kaisers dessen Beileid über das Ableben des Kammerpräsidenten Burdeau auszusprechen, welcher aus Anlaß der Berliner Arbeitskonferenz bei dem Kaiser noch in freundslichem Andenken steht.

London, 14. Dez. Die Firma Hambro emittirt eine neue dreiprozentige dänische Anleihe im Betrage von 1 388 888 Pfund Sterling zum Kurse von 96 1/2 Prozent.

Stockholm, 14. Dez. Die Regierung beabsichtigt, demnächst eine Vorlage im Reichstage einzubringen betreffend die dreiprozentige Staatsanleihe, welche am 28. Mai d. J. mit einem aus der schwedischen Reichsbank dem Credit Lyonnais in Paris, der Firma Hambro in London, der dänischen Landmannsbank in Kopenhagen, L. Behrens und Söhne in Hamburg und der Enskildsbank in Stockholm bestehenden Konsortium vereinbart wurde. Die Anleihe beträgt 50 Millionen Frs., von denen 25 Millionen zur Konversion der vierprozentigen Staatsanleihe von 1878 verwendet werden sollen. Die Anleihe soll bis zum Jahre 1950 zurückgezahlt sein.

Kopenhagen, 14. Dez. Der König erließ heute ein Dekret, durch welches der Nationalbank gestattet wird, ihr Guthaben bei der Deutschen Reichsbank sowie ihren Vorrath an deutschen Reichsbanknoten und Reichsbankscheinen, jedoch nur zum Gesamtbetrage von sechs Millionen Kronen, in den Metallfonds der Bank einzurechnen.

Kopenhagen, 14. Dez. [Folkething.] Die Wahlbezirksvorlage wurde heute nach ständiger Beratung in der von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagenen Fassung, wonach 12 neue Wahlbezirke errichtet werden, mit 52 gegen 43 Stimmen angenommen. Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte der Präsident des Folkethings, Högsbro, da er die angenommene Vorlage als dem Staatsgrundgesetz widersprechend betrachte und sich somit nicht mehr in Uebereinstimmung mit der Majorität des Folkethings befände, so lege er sich genöthigt, sein Amt als Präsident niederzulegen. Die Wahl des neuen Präsidenten wurde auf Montag angelegt.

Konstantinopel, 14. Dez. Die „Agence de Constantinople“ ist ermächtigt, die Meldung englischer Blätter von einer in Petersburg herrschenden Verstimmung gegen die Pforte, die sich in der kühlen Art der Beantwortung der Depeschen des Sultans durch den Kaiser Nikolaus II. geäußert hätte, als böswillige Erfindung zu bezeichnen; die Mission Fuads Pascha beweise das Gegentheil. Die „Agence“ widerspricht des Weiteren entschieden der Meldung, daß die Regelung der Angelegenheit, betreffend das armenisch-gregorianische Patriarchat infolge eines auf den Sultan geübten Druckes erfolgt sei, indem sie feststellt, daß die Initiative durchaus später vom Sultan ausgegangen sei.

In hiesigen Regierungskreisen wird die Meldung aus Tiflis auf das Entschiedenste bestritten, daß der Gouverneur von Bilitis armenische Notablen aufgefordert habe, eine Adresse, in welcher die Ausschreitungen der Truppen in Abrede gestellt werden, zu unterschreiben und wegen Weigerung der Notablen deren Verhaftung angeordnet habe.

Belgrad, 14. Dez. Die Regierung hat die Wiedereröffnung der Hochschule angeordnet. — Die Gerichte von der Annexion der im Prozesse Tschibina Angeklagten bestätigen sich nicht.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Btg.“
Berlin, 15. Dezember, Morgens.
Das „B. Z.“ berichtet aus Wiesbaden: Anlässlich der diesjährigen ungeheuer großen Arbeiternoth bewilligten die Stadtverordneten einen Kredit von 20 000 Mark für auszuführende Nothstandsarbeiten.

Das „Bl. Journ.“ meldet aus Wien: In Folge konstatirter Massendiebstähle und Hehlerei von Waaren nahm die Polizei heute die Verhaftung von zehn Personen vor und zwar wurden 2 Chefs der Firma Freier und 8 Kommis angelehener Engros-Waarenhandlungen festgenommen. Die Untersuchung dürfte in ihrem weiteren Fortgang noch weitere Verhaftungen zur Folge haben. In der Handelswelt am Franz Josephs-Quai, dem Centrum der Waarengroßhändler, erregt die Angelegenheit das sensationellste Aufsehen.

Morgenblätter melden aus Rom: Giolitti legte seine beiden Vereins-Ehrenämter als Verwalter der Mauritius- und Lazarusorden sowie als Präsident der Steuerkommission nieder. Die von Giolitti der Kammer vorgelegten Briefe von Frau Crispi waren, wie von dem Präsidenten festgestellt wird, von Giolitti dem entlassenen Hausmeister Crispi abgekauft worden.

Das „B. Z.“ meldet aus London: Der junge chinesische Kaiser soll ernstlich krank sein.

Der „Vol.-Anz.“ meldet aus Paris: Die elisabethinischen Vereine werden in corpore dem Leichenzuge Beirath beizubringen. Sie werden ihren Mitgliedern zu diesem Zwecke Rendez-vous an der Strassburgstatue, die mit neuen Trauerfahnen geschmückt wurde, geben. — Jules Simon, der sich vor einigen Wochen einer Staroperation unterzog, ist vollständig genesen.

Wien, 15. Dez. In einem von der sozialdemokratischen Parteileitung einberufenen Wahlrechtsmeeting nahmen ca. 3000 Arbeiter theil. Die Redner besprachen abfällig die Thätigkeit des Wahlrechtsausschusses unter Angriffen auf die Koalitionsparteien und bezeichneten den Wahlreformantrag Schwarzenberg als den unannehmbaren. Gegenüber den, den sofortigen Wahlen empfehlenden Rednern, sprachen sich Mitglieder der Parteileitung für ruhiges Ausbarren aus. Unter den Rufen: „Geraus mit dem Wahlrecht!“ zogen die Arbeiter gruppenweise ab.

Rom, 14. Dez. In der Deputirtenkammer wurde heute die Abwesenheit Giolittis sehr bemerkt. — Der „Tribuna“ zufolge soll die Anklage der Gemahlin Crispi gegen Giolitti auf Diebstahl und Unterschlagung von Briefen lauten. — Die Abendblätter sagen, die zur Veröffentlichung gelangenden Giolittischen Dokumente enthalten Dinge, die als bereits allgemein bekannt betrachtet werden können. Die Briefe Tanlangos aus dem Gefängnis, welche das einzige wirklich neue Dokument bilden, beziehen sich auf dieselben Thatsachen, über welche sich s. B. die Siebener-Kommissions-Berathung ausführlich ausgesprochen hat. Diese Briefe wiederholen und erweitern die Anschuldigungen, welche Tanlango bereits mehrmals ausgesprochen, dann wieder zurückzog, später wieder bekräftigte und abermals in Abrede stellte. Die Zeitungen fahren fort, das Verhalten Giolittis zu brandmarken.

Madrid, 15. Dez. [Kammer.] Ein schützösterreichischer Deputirter beantragte Erhöhung der Wollzölle. Trotz Widerspruches des Finanzministers beschloß die Kammer, den Antrag in Erwägung zu ziehen. In Folge dieser Bestimmung demissionirte der Finanzminister. Die Minister hielten nach der Sitzung einen Ministerrath ab.

Washington, 15. Dez. Infolge der gemeldeten Einschränkung der Theilnahme der amerikanischen Konsuln Siwas und Sewett an der Thätigkeit der Kommission für Armenien hob der Sultan die Einladung der Vereinigten Staaten zur Ernennung Sewetts auf. — Die Justizkommission änderte den Anarchistengesetz-Entwurf dahin ab, daß jeder Einwanderer den von dem amerikanischen Konsul seines Einschiffungsortes angestellten Paß vorzuweisen hat.

Chicago, 15. Dez. Der Bundesrichter verurtheilte Debs und drei andere Führer des Eisenbahnstreiks vom Juli wegen Mißachtung des gerichtlichen Befehls, den Zugverkehr nicht zu behindern, zu 3 Monaten Gefängnis.

Der japanisch-chinesische Krieg.

Shanghai, 14. Dez. Meldung des „Reuterschen Bureaus.“ Eine Depesche aus Nintschuang meldet, daß eine Abtheilung der zweiten japanischen Armee etwa 16 Meilen von Nintschuang eingetroffen ist.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1894.

Datum.	Barometer auf 0 Gr. red. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel.
Stunde.	66 m Seehöhe.			Gr.
14. Nachm. 2	761.4	SW leicht	bedeckt	+ 0.2
14. Abends 9	759.5	SW leicht	bedeckt	- 0.2
15. Morgs. 7	751.5	SW leicht	bedeckt	+ 0.4

1) Nachts Schnee.

Am 14. Dez. Wärme-Maximum + 0.4° Cel.

Am 14. „ „ Wärme-Minimum - 1.6° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Dez. Morgens 0.74 Meter.

„ „ 14. „ Mittags 0.72 „

„ „ 15. „ Morgens 0.72 „

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 14. Dez. (Schlußkurs.) Fest.
Neue 3proz. Reichsanleihe 95.15, 3/4proz. B.-Anbr. 101.20, Konf. Türken 25.50, Zurl. Boole 110.50, 4proz. ung. Goldrente 101.10, Bresl. Diskontobant 106.50, Breslauer Wechselbant 103.25, Kreditaktien 239.25, Schlef. Bankverein 117.00, Donnerstagsmarkt 112.00, Fildher Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 137.50, Oberchlef. Eisenbahn 74.50, Oberchlef. Portland-Cement 99.75, Schlef. Cement 168.00, Oppeln. Cement 115.90, Kramka 129.50, Schlef. Zinkaktien 190.50, Saurahütte 122.75, Verein. Delfabr. 85.00, Oesterreich. Banknoten 164.10, Russ. Banknoten 221.50, Giesl. Cement 98.50, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 95.00, Breslauer elektrische Straßenbahn 168.00, Caro Gegenstand Aktien 84.00, Deutsche Kleinbahnen —.

London, 14. Dez. (Schlußkurs.) Fest.
Engl. 2 1/2proz. Consols 103 1/16, Preuss. 4proz. Consols —.

